

Holzarbeiter-Zeitung

Organ des Deutschen Holzarbeiter-Bandes.

Monatliche Beilagen: „Der Betriebsrat in der Holzindustrie“ und „Holzarbeiter-Frauenblatt“.

Erscheint wöchentlich am Sonnabend. — Bezugspreis monatlich 0,50 Goldmark. Zu beziehen durch alle Postanstalten. Für Verbandsmitglieder unentgeltlich.

Verantwortlich für die Redaktion: M. Kayser, Berlin. Für die Expedition und den Anzeigentell: Eduard Steinbrenner, Berlin. Redaktion und Expedition: Berlin SO. 16, Am Kölnischen Park 2.

Inserate: Die 6 gespaltene Nonpareilzeile oder deren Raum nach Goldmark 50 Pf., Arbeitervermittlungen 30 Pf., Verbandsanzeigen 20 Pf. pro Zeile.

An die Arbeit!

Unser Verband ist in eine Periode gesteigerter Aktivität getreten. Der Reichsmantelvertrag für das deutsche Holzgewerbe läuft in nächster Zeit ab, und Verhandlungen, in denen es sich zeigen muß, ob der Abschluß eines neuen Vertrages möglich ist, stehen unmittelbar bevor. Diese Frage berührt die Interessen des größten Teiles unserer Verbandsmitglieder unmittelbar. Aber auch eine Reihe anderer Verträge ist gekündigt, und die Frage ihrer Erneuerung wird brennend.

Der von den Unternehmern mit der Kündigung der Verträge verfolgte Zweck ist leicht erkennbar, und die Forderungen der Unternehmer für die Verneuerung, die wir in der vorigen Nummer veröffentlicht haben, beseitigen etwa vorhandene gewisse Zweifel. Dieser Vorstoß der Unternehmer der Holzindustrie ist keine isolierte Aktion, er muß im Zusammenhang mit den Vorgängen in anderen Verufen betrachtet werden.

Wir befinden uns in einer Periode gesteigerten Sturmlaufes des Unternehmertums gegen die Sozialpolitik. In der Abwehr dieses Angriffs steht die Arbeiterschaft allein. Die Zeiten, die wir längst überwunden glaubten, kehren wieder, im Kampfe um die Rückwärtsrevidierung der Sozialpolitik erhebt sich das Unternehmertum der tatkraftigen Unterstützung der Reichsregierung. Die Arbeiterschaft befindet sich in der Abwehr gegen mächtige Feinde. Das war auch schon früher so. Es hat uns aber nicht nutzlos gemacht, sondern erst recht unsere Kraft entsacht. Der Ansturm des mit der Staatsgewalt im Bunde stehenden Unternehmertums hat sich früher als ein Mittel erwiesen, die Arbeiterschaft zusammenzudrücken zu dem starken Nod, an dem sich die feindliche Woge brach; und so soll es auch diesmal sein.

Der politische Umschwung des Jahres 1918 hat uns mit dem gesetzlichen Achtstundentag eine Reihe wertvoller sozialpolitischer Maßnahmen gebracht. Noch sind kaum fünf Jahre ins Land gegangen, und schon ist an dem Abbau des damals errichteten sozialpolitischen Gebäudes so kräftig gearbeitet worden, daß nicht mehr viel davon übrig geblieben ist. Die Arbeiterschaft hat die Macht, die sie befehlen hat, nicht zu behaupten vermocht; in dem Maße, wie sie an Einfluß einbüßte, gingen auch ihre Errungenschaften verloren. Die Feststellung dieser Tatsache ist schmerzhaft, aber wir müssen ihr offen ins Gesicht sehen und uns bemühen, die Ursachen vorurteilsfrei zu ergründen, denn nur so läßt sich eine Besserung erzielen.

Es war das tragische Verhängnis der deutschen Arbeiterschaft, daß sie in dem Augenblick, als ihr die politische Macht in den Schoß fiel, uneinig war. Dieser Bruderkampf hat im Laufe der Jahre Veränderungen erfahren, die Fronten haben sich verschoben, aber der Kampf wird mit unerminderter Kraft fortgeführt. Das mußte notwendig zur Stärkung der Reaktion auf politischem wie auf wirtschaftlichem Gebiete führen.

In den Gewerkschaften sind es, äußerlich betrachtet, taktische Fragen, über die mit einem Eifer gestritten wird, der unverständlich wäre, wenn man nicht wüßte, daß diejenigen, die den Zwiespalt herausbeschwören, ihre Ziele viel weiter gesteckt haben. Die begründete und nur zu berechnete Unzufriedenheit der Arbeiter über die allgemeine schwere Notlage gibt den Vorwand für die Schürung des inneren Zwistes. Das muß notwendig die Stoßkraft der Gewerkschaften im Kampfe gegen ihre natürlichen Gegner, gegen Kapitalismus und Unternehmertum lähmen und deren ohnehin durch die wirtschaftlichen Verhältnisse bedingte Übermacht stärken.

Was uns not tut, ist die vorurteilsfreie, ruhige Betrachtung der Dinge. Aus der auf diese Weise erlangten Kenntnis der Tatsache ergeben sich die Methoden, die wir anwenden müssen, um den Kampf erfolgreich führen zu können. Ein folgenschwerer Irrtum ist es, anzunehmen, daß durch eine politische Umwälzung die wirtschaftlichen Zustände im Handumdrehen geändert werden könnten. In Ausland hat man diesen Versuch unternommen; er führte zur völligen Zerrüttung der Wirtschaft. Erst die Rückkehr zu den kapitalistischen Methoden schafft die Voraussetzungen für ihren Wiederaufbau. Das ist kein Beweis für die Unentbehrlichkeit des Kapitalismus, sondern nur dafür, daß er nicht mit gewaltsamen Mitteln beseitigt werden kann. Nur durch zähe Arbeit wird er schrittweise durch die sozialistische Wirtschaft abgelöst.

Durch den politischen Umschwung, durch die Beseitigung der Monarchie war die Macht des Kapitals nicht gebrochen. Seine Vertreter hatten im Kriege aus der Not des Vaterlandes großen Gewinn gezogen, in der Zeit der schwersten politischen Gärung hielten sie sich aber klug zurück. Sie machten der Arbeiterschaft Zugeständnisse mit der Absicht, hinterher zu fordern. Der Bruderkrieg im Arbeiterstand gab ihnen die Gewißheit, daß sie nicht sehr lange zu warten haben würden. In der Folgezeit war die Führung der inneren Politik in Deutschland keinen Augenblick frei in ihrer Entscheidung; das Übergewicht des Versämler Vertrages hing über ihnen. Allgemein bekannt ist es, wie die

feindlichen Mächte die Gefundung Deutschlands immer wieder vorzüglich hintertrieben haben.

Es kam die Zeit der Inflation, die eine völlige Umgestaltung der Besitzverhältnisse brachte. Die „Klugen“, die schon in der Kriegszeit ihr Schicksal geschoren hatten, zogen aus der Inflation erneut unermeßliche Gewinne und damit eine Stärkung ihrer wirtschaftlichen Macht. Die Inflation, die den Reichtum der Besitzenden mehrte, entband sie von den Steuerpflichten. Um so schwerer wurde die Arbeiterschaft getroffen, auf die alle Lasten abgewälzt wurden. Immer größer wurde die Not der Arbeiterschaft, immer stärker das Mißverhältnis zwischen dem Arbeitslohn und den Kosten der Lebenshaltung. Die in rasendem Tempo fortschreitende Geldentwertung erschwerte es, dieses Mißverhältnis in seiner ganzen Größe zu erkennen. In immer schnelleren Zwischenräumen mußten die Löhne geregelt werden. Für die Gewerkschaften und ihre Funktionäre bedeutete das eine Arbeitslast, die ihnen die Erfüllung ihrer sonstigen Aufgaben nahezu unmöglich machte. Zugleich wirkte die Inflation verheerend auf ihre Finanzen.

Auch die schärfsten Kritiker der Gewerkschaften werden zugeben müssen, daß diese alles getan haben, was möglich war, den Niedergang der Lebenshaltung der Arbeiterschaft aufzuhalten. Es mögen da und dort Fehler vorgekommen sein; kein vernünftiger Mensch hält sich für unfehlbar, aber die große Linie der gewerkschaftlichen Tätigkeit war richtig. Es ist ein Wahn, zu glauben, daß die Linie der wirtschaftlichen Entwicklung durch Gewaltmittel bestimmt werden kann, oder daß etwa der Inflation, die das Ergebnis eines großen Komplexes politischer und wirtschaftlicher Ursachen war, durch gewerkschaftliche Kampfmittel zu steuern gewesen wäre.

Die Einführung der Rentenmark und die damit herbeigeführte Stabilisierung der Währung hat den Schleier der durch die Inflation über unser Wirtschaftsleben gebreitet war, zerrissen. Man erkannte, daß es nur eine Scheinconjunktur war, der wir uns erfreut hatten. Die Krise in ihrer furchtbarsten Gestalt war da und zeigte ihr abschreckendes Gesicht. Eine Arbeitslosigkeit von nie gesehenem Umfang brachte die Massen zur Verzweiflung. Diese Massenarbeitslosigkeit trat ein, als die Finanzkraft der Gewerkschaften auf das äußerste geschwächt war. Das waren die Momente, welche die lange unterdrückten scharfmacherischen Instinkte des Unternehmertums mit elementarer Gewalt hervorbrechen ließen.

Das Zerreißen des Inflationssehlers ließ auch die ungeheure finanzielle Not des Reiches, der Länder und der Gemeinden unverhüllt in Erscheinung treten. Die deutsche Wirtschaft ist schwer krank, und ihre Gefundung ist eine Voraussetzung für die Wiedergefundung des Staatsgefüges. Die Wirtschaft muß leistungsfähiger gemacht, es muß mehr produziert werden. Darüber gibt es keine Meinungsverschiedenheit. Von den Feinden der Arbeiterklasse wurde dieser Satz umgefälscht in die Forderung: Die Arbeitszeit muß verlängert werden. Immer lauter, immer energischer wurde dieses Verlangen erhoben. Es wirkte um so aufreizender, als gleichzeitig die Zahl der Arbeitslosen immer weiter vermehrt wurde.

Die Steigerung der Produktion, deren Notwendigkeit auch wir anerkennen, ist durch eine mechanische Verlängerung der Arbeitszeit nicht zu erreichen, ebenso wenig eine Verbilligung der Produktion durch Herabdrückung der Löhne. Umstellung der Betriebe, weitgehendste, rationelle Ausnutzung der Maschinen, das ist das Mittel auch bei kurzer Arbeitszeit, die Produktion zu steigern. Ebenso wenig wie die Verlängerung der Arbeitszeit geeignet ist, die Produktion zu steigern, ist der Lohnabbau das richtige Mittel, die Warenpreise zu senken. Während der Inflationszeit ist die Kalkulation in Vergessenheit geraten; in den Warenpreisen steckt ein viel zu hoher Unternehmergewinn, der wesentlich vermindert werden muß; der Weg der Ware vom Produzenten zum Konsumenten muß verkürzt und durch Beseitigung der überflüssigen Zwischenexistenzen muß der Warenpreis ermäßigt werden. Um das Wirtschaftsleben in Gang zu bringen, ist es unbedingt notwendig, die Kaufkraft der Massen zu steigern. Die von den Scharfmachern unternommene Aktion zur Verlängerung der Arbeitszeit und Herabsetzung der Löhne ist direkt wirtschaftsschädlich.

Der tiefere Sinn dieser Aktion ist es, die Arbeiter zu knechten und wehrlos zu machen. Der Unternehmer soll wieder unbedingter Herrscher im Betrieb sein und die Arbeiter willenlose Sklaven. Dagegen müssen wir uns zur Wehr setzen. Die äußeren Umstände, die schwere Wirtschaftskrise, die Not der breiten Massen sind dem Abwehrkampf nicht günstig, aber trotzdem ist dieser Kampf nicht aussichtslos. Das wird er nur, wenn wir unsere Kräfte verzerren in unfruchtbarer inneren Zwist und Hader. Nicht daß wir die Kritik unterbinden wollten. Sie ist notwendig und auch nützlich, wenn sie vom Geiste der Brüderlichkeit getragen ist und nur das Ziel verfolgt, die Gewerkschaft zur Erfüllung ihrer Aufgabe so tüchtig wie möglich zu machen.

Wir müssen die Kräfte sammeln, die Geschicknisse dieser ereignisreichen Zeit müssen aufmerksam verfolgt werden. Wir müssen uns bemühen, die oft verworrenen

Zusammenhänge der Dinge richtig zu erkennen. Das ist eine dankbare Aufgabe in den Versammlungen. Das Betriebsleben muß jetzt mit besonderem Eifer und mit hingabe gepflegt werden. Widerwärtiger Streit hat vielerorts die Mitgliederversammlungen veröden lassen. Die mit mehr oder weniger Recht Verärgerten müssen ihren Unmut unterdrücken und sich mit verdoppeltem Fleiß dem Dienste der Organisation widmen.

Ereignisse von entsetzender Bedeutung sind im Werden. Wir wollen nicht nur deren Objekt sein, sondern sie handlungsmäßig miterleben, sie beeinflussen. Ungeachtet der Schwere der Zeit sind wir nicht ohnmächtig. Unser Verband hat in seinen Mitgliedern und durch sie eine nicht zu unterschätzende Kraft. Unsere Macht ist um so größer, je stärker das Kraftbewußtsein in dem einzelnen entwickelt ist. Deshalb gilt es jetzt, die Schlammenden zu wecken, die Gleichgültigen aufzurütteln, die Lauenen anzufeuern. Großes steht auf dem Spiele; an die Arbeit!

Hohe Löhne fördern die Produktion.

Henry Ford ist der amerikanische Automobilkönig. Er gilt als der reichste Mann der Welt, und er hat seinen Reichtum in verhältnismäßig kurzer Zeit erworben. Die Stellung als leitender Ingenieur einer Automobilgesellschaft, die der damals vermögenslose Ford im Jahre 1899 antrat, befriedigte ihn nicht. Im Jahre 1902 trat er aus und begann in einem einstöckigen Ziegelschuppen, den er sich gemietet hatte, auf eigene Rechnung zu experimentieren. Ein Jahr später wurde mit 28 000 Dollar Bargeld die Ford-Automobil-Gesellschaft gegründet. Der Betrieb wurde fortwährend vergrößert, um die steigende Nachfrage zu befriedigen. Im Jahre 1920/21 wurden 1 250 000 Wagen hergestellt. Dank der Tätigkeit von Ford hat das Automobil in Amerika eine ungeheure Verbreitung gefunden, von der man sich bei uns kaum eine Vorstellung machen kann. Ford hat nämlich den Preis seiner Automobile fortgesetzt ermäßigt und damit den weitesten Kreisen die Anschaffung ermöglicht. Im Jahre 1920/21 kostete ein Fordwagen 355 bis 440 Dollar. Jetzt ist es keine Seltenheit mehr, daß amerikanische Arbeiter im eigenen Automobil zur Arbeit fahren.

Dieser außerordentlich erfolgreiche Geschäftsmann hat seine Lebensbeschreibung herausgegeben, die jetzt in deutscher Übersetzung unter dem Titel „Henry Ford: Mein Leben und Werk“ bei Paul List in Leipzig erschienen ist. Ford ist ein kühler Geschäftsmann, sein Ziel ist der geschäftliche Erfolg. Er ist völlig frei von Sentimentalität, soziale Anwandlungen sind ihm fremd. Aus dem großen Heer von Arbeitern, die er beschäftigt, will er die größtmögliche Leistung herausholen. Als er mit der Herstellung von Automobilen begann, war für diese eine Nachfrage nicht vorhanden; nur sehr wohlhabende Amerikaner konnten sich ein solches Fahrzeug leisten. Durch seine Geschäftsgrundsätze, unter denen die Verbilligung der Produktion an erster Stelle steht, hat Ford den Markt für seine Erzeugnisse erst geschaffen mit dem Erfolg, daß die Zahl der hergestellten Wagen immer schneller steigt.

Für unser Unternehmertum insbesondere mußte das Studium von Fords Buch äußerst lehrreich sein. Selbstverständlich ist auch der deutsche Unternehmer bemüht, in seinen Geschäften Erfolge zu erzielen, vergleicht man aber die Methoden, die bei uns angewandt werden, mit den Fordschen Methoden, dann erscheinen die deutschen Industriekapitäne gegenüber dem Amerikaner wie kurzfristige Innungsrauter, die das Problem der Leistungssteigerung nach den Methoden der Regelbetriebe lösen wollen. Wenn in acht Stunden ein gewisses Quantum von Arbeit geleistet wird, dann muß man die Arbeitszeit auf 10 oder 12 Stunden verlängern, um entsprechend mehr zu erzielen. Will man das Erzeugnis der Produktion verbilligen, dann gibt man den Arbeitern entsprechend weniger Lohn.

Wer so rechnet, und diese kleinräumige Rechnungsweise feiert heute an den maßgebenden Stellen in Deutschland Triumphe, zeigt, daß er von der Psychologie keine Ahnung hat, und daß er weder über den weiten Blick noch über die Großzügigkeit im geschäftlichen Verkehr verfügt, die die Voraussetzungen des Erfolges sind. Ford hat seinen Betrieb völlig mechanisiert; die weitestgehende Ausnutzung der Maschinenkraft ist geradezu die Voraussetzung für den Betrieb. „Zwei Millionen gelernter Arbeiter wären außerstande“, sagt Ford, „mit der Hand auch nur annähernd unsere tägliche Produktionsmenge zu schaffen.“ und er fährt in dem Zusammenhang fort: „Ich sehe keine Möglichkeit, unter solchen Verhältnissen den Betreffenden mehr als 10 bis 20 Cent Tageslohn zu zahlen. Denn natürlich ist es in Wirklichkeit nicht der Arbeitgeber, der die Löhne zahlt. Er hat nur das Geld zu verwalten. Das Produkt bezahlt die Löhne, und die Leistung organisiert die Produktion so, daß das Produkt dazu imstande ist.“

Ford sagt an einer Stelle seines Buches von den Arbeitern: „Die Leute sind dazu da, um gegen einen möglichst hohen Lohn eine möglichst große Menge Arbeit zu schaffen.“ Das ist eine nüchterne Betrachtungsweise, die viel sympathischer ist als die Methode, den Lohn möglichst niedrig zu halten und das Manö durch wohlwollende Redensarten und gute Ratsschläge für eine

sparsame Lebensführung auszugleichen. Den 23 h n n widmet Ford in seinem Buche ein besonderes Kapitel, dessen einleitende Sätze hier wiedergegeben seien:

Nichts ist im Geschäftsleben so weit verbreitet wie die Redensart: Ich zahle auch die üblichen Löhne. Der gleiche Geschäftsmann würde sich schwer hüten, zu erklären: „Meine Waren sind nicht besser und nicht billiger als die der anderen.“

Ob sämtliche Ford-Betriebe haben wir einen Mindestlohn von sechs Dollar pro Tag eingeführt, früher betrug er fünf Dollar, und zu Anfang zahlten wir, was eben verlangt wurde.

Ford findet harte Worte gegen die Methode, die „üblichen Löhne“ zu zahlen, wie müßte erst sein Urteil über das Unternehmensum in Deutschland ausfallen, das allen Fleiß darauf verwendet, die Löhne weit unter das Existenzminimum herabzudrücken.

Es müßte der Ehrgeiz eines jeden Arbeitgebers sein, höhere Löhne zu zahlen als seine natürlichen Konkurrenten, und das Streben jedes Arbeitnehmers, diesen Ehrgeiz praktisch zu erlangen.

Das ist in der Tat die Folge des zu niedrigen Lohnes, und das gleiche gilt auch für die ohne Notwendigkeit verlängerte Arbeitszeit.

Der Arbeitgeber wird niemals dadurch gewinnen, daß er seine Angehörigen vor sich Neues passieren läßt und sich dabei die Frage stellt: „Wie weit vermag ich ihre Löhne zu drücken?“

Nicht um des Arbeiters willen, sondern aus wohlverstandenen eigenen Interesse, um seinen Betrieb zu heben und seine Produktion zu steigern, soll der Unternehmer hohe Löhne zahlen.

Der viel schaffst, soll viel nach Hause tragen. Wohlhabigkeit hat in der Lohnfrage keinen Raum. Der Arbeiter, der dem Unternehmen sein Bestes gibt, ist auch für das Unternehmen der Beste.

Wir wollen es bei dieser kleinen Blumenlese aus dem Buche des Automobilkönigs bewenden lassen. Es ist damit bei weitem nicht ausgeschöpft, aus ihm läßt sich noch eine Fülle von Material herausziehen, das unsern kurzfristigen Unternehmertum als Spiegel vor die Augen gehalten werden kann.

Aus dem Verbandsleben.

Bekanntmachungen des Vorstandes.

Mit dem Erscheinen dieser Zeitungsnummer ist der 4. Wochenbeitrag für die Woche vom 20. Januar 1924 bis 26. Januar 1924 fällig geworden.

Berlin SO 16, Am Köllnischen Park 2. Der Verbandsvorstand.

Preisanschriften für Bildhauerlehrlinge.

Unser Holzarbeiter-Jugendblatt veranlaßt ein zweites Preisanschreiben. Diesmal für die Holzbildhauerlehrlinge. Die Aufgabe besteht darin, daß Entwürfe (Skizzen) in Bleistift oder Tusche in Form eines halben Quartblattes angefertigt werden sollen.

Die Kollegen werden gebeten, die Bildhauerlehrlinge auf die Preisanschriften, die in der Nr. 1 des Jugendblattes vom 15. Januar enthalten ist, aufmerksam zu machen.

Zentralstellenvermittlung der Bildhauer.

Verlangt: Holzbildhauer nach Wittenberg, Bez. Halle (Figuren u. Ornamente), Willershausen a. Sa. (tischl.), Oldenburg (Stilmöbel und modern), Hannover (tischl.), Glessburg (tischl.), Lützenwalde (mittl.), Mühlhausen i. Thür. (tischl.).

Korrespondenzen.

Siegen. In der liebevoll besuchten Jahresversammlung fand im Anschluß an einen Vortrag unseres Bevollmächtigten eine interessante Aussprache über die Kampfanfrage der Unternehmerverbände statt.

Die Geschäftslage in der Holzindustrie im Dezember 1923.

Die Berichte über die Geschäftslage im Monat Dezember lauten nach wie vor wenig erfreulich. Einige Anzeichen deuten zwar darauf hin, als sei der Tiefstand der Krise überschritten, aber von einer merklichen Besserung kann noch nicht gesprochen werden.

Der Beschäftigungsgrad in den Großbetrieben der Holzindustrie im Monat Dezember 1923.

Table with 13 columns: Berufszweig, Beschäftigte, Umsatz, etc. Rows include Möbel, Bau und Möbel, Weiche Möbel, etc.

die Kräftigung der Organisation zu tun. Nur ein großer, starker Verband vermag die Interessen der Kollegen wirksam wahrzunehmen.

Unsere Lohnbewegung.

Das Reichsarbeitsministerium als Sachwalter der Unternehmerinteressen.

Die vom Reichsarbeitsministerium betriebene Sozialpolitik begegnet in der Arbeiterenschaft steigendem Mißtrauen. Seine Tätigkeit erweckt den Anschein, als ob von hier aus geradezu die Anregung zu der großen Scharfmacheraktion gegeben wurde.

Die Geschäftslage in der Holzindustrie im Dezember 1923.

Sinnlich herrscht bei den Unternehmern aller Zweige des Wirtschaftslebens Übereinstimmung, daß die Verbilligung der Produktion auf Kosten der Arbeiter erfolgen müsse.

Was für die Geschäftslage im allgemeinen gilt, trifft auch für die Holzindustrie zu. An der Erhebung über den Beschäftigungsgrad in den Großbetrieben waren für den Monat Dezember 510 Betriebe mit 81608 Beschäftigten beteiligt.

Der Beschäftigungsgrad in den Großbetrieben der Holzindustrie im Monat Dezember 1923.

stillgelegt waren. In einzelnen Berufszweigen ist, wie die Übersicht zeigt, eine Besserung der Geschäftslage eingetreten. Als absolut schlecht ist diesmal nur der Geschäftsgang in den Fabriken für landwirtschaftliche Betriebe zu bezeichnen.

Die Arbeitslosigkeit im Deutschen Holzarbeiter-Verband Ende Dezember 1923.

Table with 5 columns: Ort, Bericht haben, Arbeitslose, Nicht berichtet haben. Rows include Ostpreußen, Estland, Breslau, etc.

Die Berichterstattung über die Arbeitslosigkeit umfaßt das Gesamtgebiet des Deutschen Holzarbeiter-Verbandes. Über den Stand Ende Dezember 1923 haben 1250 Verwaltungsstellen mit 351366 Mitgliedern berichtet.

Die wöchentliche Arbeitszeit war vorerst um Stunden

Table with 6 columns: Monat, Betriebe, Beschäftigte, etc. Rows for October, November, December.

Die auf die Gesamtmitgliederzahl bezogene Zahl der Kurzarbeiter ist somit von 33,66 Prozent im Oktober auf 33,44 Prozent im November und 24,94 Prozent im Dezember zurückgegangen.

Reichsarbeitsministerium die verständnisvollste Förderung. Beispiele dafür gibt es die Menge, wir wollen uns hier mit der Wiedergabe eines recht bezeichnenden begnügen.

Unsere Kollegen im Landesbezirk Niedersachsen (Hannover-Braunschweig-Kassel) haben es mit einem besonders widerhaarigen Unternehmertum zu tun. Die Lohnverhandlungen gestalteten sich dort immer recht schwierig. So erwies es sich als unmöglich, beim Übergang zu Festmarktlöhnen zu einer Vereinbarung zu kommen. Trotz wiederholter Verhandlungen vor dem Schlichtungsausschuss in Hannover kam für die Zeit vom 16. November an kein Lohnabkommen zustande. Schließlich wurde im Einverständnis beider Parteien das Reichsarbeitsministerium angerufen. Dieses bestellte den Regierungsrat Görtner zum Vorsitzenden eines Schiedsgerichts, das am 13. Dezember in Hannover tagte. Der gefällte Schiedsspruch setzte den Spitzenlohn in der II. Ortsklasse vom 16. November an auf 50 Pf. fest. Dieser Lohnsatz sollte vor dem 1. Januar nicht kündbar sein. Für eine Änderung der Ortsklassenstaffelung, die für die Dauer des Reichsmantelvertrages vertraglich festgelegt ist, erklärte sich das Schiedsgericht für unzuständig. Dieser Schiedsspruch wurde von den Unternehmern abgelehnt; die Arbeiter beantragten beim Reichsarbeitsministerium die Verbindlichkeitsklärung.

Im Reichsarbeitsministerium ließ man den Antrag zunächst ablagern. Am 9. Januar kam endlich die Einladung zu einer Sitzung, die am 14. Januar in Berlin stattfinden sollte. Bei dieser Gelegenheit sollte auch noch der Anregung des Reichsarbeitsministeriums eine Verständigung über die Lohnregelung ab 4. Januar gesucht werden. Die Parteien waren rechtzeitig zur Stelle, später erschien als Vertreter des Ministeriums der Regierungsrat Bauer, der sich dann als recht geschickter Verhandlungsleiter erwies, aber von vornherein erklärte, in der Sache völlig unorientiert zu sein. Nach längerer Verhandlung und völliger Klarlegung des Sachverhalts erklärte der Verhandlungsleiter wieder, daß er sich nun erst an zuständige Stelle Rat holen müsse. Ob die Arbeitgeberverbände für diesen Zweck ein Bureau im Reichsarbeitsministerium unterhalten oder ob diese Funktion von Beamten des Ministeriums ausgeübt wird, mag dahingestellt bleiben. Nach seiner Rückkehr überreichte der Vertreter des Reichsarbeitsministeriums den Parteien ein Schriftstück folgenden Inhalts:

Berlin, den 14. Januar 1924.

Zu dem Lohnstreit

im Holzgewerbe Niedersachsens mache ich den Parteien folgenden Einigungsvorschlag:

1. Der Spitzenlohn für einen Facharbeiter in Ortsklasse II beträgt vom 4. bis 17. Januar 45 Pf., vom 18. bis 31. Januar 42 Pf.
2. Die Löhne betragen in Ortsklasse III 92 Prozent, IV 88 Prozent, V 81 Prozent und VI 70 Prozent.
3. Die Abstufung der Altersklassen bleibt wie bisher bestehen.
4. Die Hilfsarbeiter erhalten vom Lohn des Facharbeiters 80 Prozent, die Facharbeiterinnen erhalten 70 Prozent, die Hilfsarbeiterinnen 50 Prozent. Der Abzug der Hilfsarbeiter beträgt 5 Prozent.
5. Der Antrag auf Verbindlichkeitsklärung des Schiedsspruchs vom 13. Dezember 1923 wird zurückgezogen.
6. Die Parteien nehmen zu diesem Einigungsvorschlag bis 1. Januar Stellung.

Bauer,

Referent im Reichsarbeitsministerium.

Zu einem solchen Einigungsvorschlag hätte man wahrhaftig des „unparteiischen“ Arbeitsministeriums nicht bedurft; die Zentralstelle der Arbeitgeberverbände hätte auch keinen Vorschlag machen können, der den Wünschen der kleinen Scharfmacher aus Niedersachsen besser entspricht.

Das Reichsarbeitsministerium war angerufen worden, den Schiedsspruch vom 13. Dezember für verbindlich zu erklären; es sagt aber in seinem Vorschlag, dieser Antrag wird zurückgezogen. Seit dem 16. November besteht keine Lohnvereinbarung, die Arbeiter mußten sich seither mit dem ungenügenden Lohn durchschlagen, den die Unternehmer zahlten. Das „objektive“ Arbeitsministerium geht darüber hinweg; es kann doch den Unternehmern nicht zumuten, den Arbeitern den vorenthaltenen Lohn nachzuzahlen.

Die Unternehmer wollen die Löhne abbauen, das ist der Leitstern des Reichsarbeitsministeriums. Das Schiedsgericht in Hannover hat einen Lohn von 50 Pf. bis zum Ende des Jahres für angemessen erachtet. Das Reichsarbeitsministerium sagt trotz der ergangenen Aufforderung dazu gar nichts, aber vom 4. Januar an sollen 45 Pf., vom 18. Januar an 42 Pf. ausreichen. Wenn in dem Tempo fortgefahren wird, dann läßt sich leicht berechnen, wann überhaupt kein Lohn mehr gezahlt zu werden braucht. Das Verhalten des Reichsarbeitsministeriums erinnert an den Bauer in der Fabel, der seinem Esel das Fressen abgewöhnen wollte, und dieses Ziel bereits erreicht hatte, als das dumme Vieh starb. Welche Gründe hat denn das Reichsarbeitsministerium für seinen Vorschlag zum sukzessiven Lohnabbau. Soll er mit der Verbilligung der Lebenshaltungskosten begründet werden? Der Versuch wird erst gar nicht unternommen, denn es ist notorisch, daß eine Verbilligung nicht eingetreten, wohl aber eine Steigerung zu erwarten ist.

Über den Vorschlag, betreffend Staffelung der Löhne, braucht nicht viel gesagt zu werden. Das ist ein Gebiet, dessen Regelung spezielle Sachkunde voraussetzt. So schematisch, wie das Reichsarbeitsministerium die Sache ansieht, um den Wünschen der Unternehmerverbände gerecht zu werden, kann der Gegenstand nicht behandelt werden. Man wird in dem ganzen Schriftstück, das unter der Verantwortung des Reichsarbeitsministeriums herausgegeben wurde, vergeblich nach der Spur eines Versuchs fahnden, der Auffassung der Arbeiter Gerechtigkeit widerfahren zu lassen. Die Unternehmer bekriegen, daß der Arbeiter hungern müsse, um den heiligen Profit nicht zu beeinträchtigen, und das Reichsarbeitsministerium tut, was die Unternehmer von ihm erwarten. Dieser Fall steht nicht vereinzelt, er ist typisch für die Einstellung des Reichsarbeitsministeriums. Die Arbeiter haben dieser Stelle einst großes Vertrauen entgegengebracht. Es ist mehr und mehr geschwunden. Die Leiter des Reichsarbeitsministeriums müssen notwendig zu der Ansicht führen, daß dieses sich als Sachwalter der Unternehmerinteressen fühl.

Ausperrung in der Berliner Musikinstrumentenindustrie.

Von den Unternehmern in der Berliner Musikinstrumentenindustrie wird der Lohnabbau mit besonderer Forcierung betrieben. Ein Lohnabkommen ist schon seit November nicht mehr zustande gekommen. In der großen Pianofortefabrik von Bechstein wurden nach Neujahr viele Arbeiter mit wenigen Pfennigen abgepfist. Das schlug dem Faß den Boden aus. Am 7. Januar legte die gesamte Belegschaft, etwa 800 Mann, die Arbeit nieder. In einem vom 14. Januar datierten Schreiben kündigte der Arbeitgeberverband der Berliner Musikinstrumentenindustrie die Gesamtausperrung an, falls bis zum 17. Januar die Arbeit bei Bechstein nicht wiederaufgenommen sei. Inzwischen hatten die Schlichtungsbehörden die Sache in die Hand genommen, und die Parteien wurden auf den 16. Januar vor die Schlichterkammer geladen. Entsprechend den Anweisungen der Zentrale der Arbeitgeberverbände boykottieren die Musikinstrumentenindustriellen den Schlichter. Weder ihre Vertreter noch die geladenen Arbeitgebervertreter waren erschienen. Die Sitzung wurde auf den folgenden Tag verschoben, und nun wurde in Abwesenheit der Unternehmervertreter ein Schiedsspruch gefällt, der den Lohn auf 62 Pf. festsetzt. Die Unternehmer beantworteten diesen Spruch mit der Ausperrung. Am 19. Januar wurden in 90 Betrieben etwa 4000 Musikinstrumentenarbeiter ausgeperrt. Weitere Ausperrungen sind noch zu erwarten. — In der Holzindustrie ist ein Lohnabkommen gleichfalls noch nicht zustande gekommen. Zurzeit schweben darüber Verhandlungen.

Für den Landesbezirk Schlefien wurde vom Schlichtungsausschuss in Görlitz am 17. Dezember ein Schiedsspruch gefällt, der den Spitzenlohn in den Ortsklassen II bis VI für die Zeit vom 8. Dezember bis 4. Januar auf 40, 37,5, 36,5, 34 und 32 Pf. festsetzte. Das Reichsarbeitsministerium hat dem Antrage auf Verbindlichkeitsklärung dieses Schiedsspruches entsprochen. Es hat sich aber hierbei einen Scherz erlaubt, der jedoch von den betroffenen Arbeitern als Schikane empfunden wird. In der vom 12. Januar datierten Verfügung wird der Schiedsspruch mit Wirkung vom 29. Dezember für verbindlich erklärt. Das wäre also für eine Woche, in die auch noch der Neujahrstag fällt. Wir können nicht finden, daß solche Scherze auf Kosten der hungernden Arbeiter einer hohen Reichsbehörde besonders würdig wären.

Für den Landesbezirk Hamburg wurde ein Schiedsspruch gefällt, nach welchem der Spitzenlohn in den Ortsklassen I bis VI ab 11. Januar 58, 49, 46, 44, 43 und 40 Pf. beträgt.

In einer Reihe von Betrieben für die Sägewerksindustrie, so für die Harzer Sägewerke, die Sägewerke in Anhalt und in der Altmark, haben die Unternehmer, gestützt auf die neue Arbeitszeitverordnung, die Bestimmungen über die Arbeitszeit gekündigt. Die Kündigungsfrist reicht bis Anfang Februar.

Für die Sägewerksindustrie in Mittelshlefien fanden am 11. Januar Verhandlungen statt, in denen die Unternehmer verlangten, die Löhne um 20 Prozent zu reduzieren. Es ist gelungen, den Abzug abzuwehren und das Lohnabkommen bis zum 8. Februar zu verlängern.

Für die Bürsten-, Pinsel- und Klebstoffindustrie wurde am 17. Dezember ein Schiedsspruch gefällt, der von den Unternehmern abgelehnt wurde. Erneute Verhandlungen, die am 12. Januar im Ministerium für soziale Fürsorge in München gepflogen wurden, führten zu einer Vereinbarung, nach welcher der Lohn für über 24 Jahre alte Facharbeiter der Ortsklasse A ab 7. Januar 45 Pf., ab 14. Januar 43 Pf. beträgt.

In der Metallindustrie sind eine Reihe großer Kämpfe im Gange, die sich noch ausdehnen. Es handelt sich dabei wohl durchgängig um Verjuche, die Arbeitszeit zu verlängern und die Löhne herabzusetzen. Der Sachverhalt und der Umfang dieser Kämpfe sind, mangels zusammenfassender Veröffentlichungen über den Gegenstand nur schwer zu erkennen. Unser Verband ist daran insofern interessiert, als von den Ausperrungen auch zahlreiche Holzarbeiter betroffen wurden. So insbesondere in Rheinland-Westfalen, im Bezirk Magdeburg, Anhalt, Halle, in Mannheim und in anderen Gebieten. Hierzu gehört auch die Ausperrung in der Maschinenfabrik Alfeld-Delligsen.

In der Harmonikaindustrie in Oera und Altenburg ist der seither geltende Vertrag mit Jahreschluss abgelassen. Die Unternehmer haben eine Bekanntmachung erlassen, nach welcher die Löhne vom 7. Januar an wesentlich herabgesetzt werden. Die Arbeiter, die sich weigerten, diese Bekanntmachung zu unterzeichnen, wurden ausgesperrt.

In der Zeit haben die Unternehmer, die dem Arbeitgeberverein für Holz und Umgegend angehören, für den 23. Januar die allgemeine Ausperrung angekündigt. Vorher hatten die Verhandlungen stattgefunden, in welchen unseren Kollegen in der Klavier- und Möbelindustrie sowie in den Kinderwagen- und Holzwarenbetrieben eine bedeutende Lohnreduktion, zum Ausgleich aber die Verlängerung der Arbeitszeit auf 54 Stunden angeboten wurde. Dieses Annehmen wurde von den Kollegen einmütig zurückgewiesen.

Aus der Holzindustrie.

Aus der Norddeutschen Holzberufsgenossenschaft.

Der Norddeutschen Holzberufsgenossenschaft geht es schlecht; sie teilt dieses Schicksal mit den meisten anderen Trägern der Sozialversicherung und vielen Organisationen sonstiger Art, die auf die Beiträge ihrer Mitglieder angewiesen sind. Die Inflation hat die Beiträge auf dem Wege zur Kasse entwertet und die Reserven völlig wertlos gemacht. Um sich zu sanieren, verlangt die Berufsgenossenschaft, daß ihre Mitglieder pro Dezember für jeden Arbeiter 4 Goldmark zahlen, und für den Januar will sie den gleichen Beitrag erheben. Diese Forderung hat die betroffenen Unternehmer auf das Höchste erregt, und dieser Erregung wurde in einer Versammlung am 8. Januar in Berlin, zu der die Unternehmerorganisationen des Sägewerkes und der Holzhandels wie auch der Holzverarbeitenden Industrie eingeladen hatten, lebhaft Ausdruck verliehen.

Der Geschäftsführer der Berufsgenossenschaft, Regierungsrat Dr. Westphal, hatte einen schweren Stand.

Nicht einmal sein Hinweis darauf, daß es ihm gelungen sei, die geplante Verordnung zum Schutze der Arbeiter an den Holzverarbeitungs-maschinen zu bringen, war imstande, die aufgeregten Gemüter zu befähigen. Bekanntlich hat sich der unter dem Vorsitz des Herrn Koniegn tagende Ausschuss des Vorläufigen Reichswirtschaftsrates, der die Verordnung vor dem Erlaß durch den Reichsrat beraten sollte, ohne Beschlußfassung vertagt. Faktisch ist die Verordnung damit begraben, zum mindesten ist es zweifelhaft, ob sie noch einmal auferstehen wird. Herr Dr. Westphal hat sich in diesem Kampf gegen Arbeiterschutz tatsächlich große Mühe gegeben, aber die Unternehmer in der Holzindustrie, in deren Interesse er sich aufgeopfert hat, schätzen seine Verdienste jetzt sehr gering ein. Die Berufsgenossenschaft will Geld von ihnen, und in Geldsachen hört bekanntlich die Gemütslichkeit auf.

Unter den mannigfachen Vorwürfen, die gegen die Berufsgenossenschaft erhoben wurden, spielten auch deren geringe Leistungen für die Verletzten eine gewisse Rolle. So wurde festgestellt, daß viele Verletzte „Renten“ beziehen, die für ein Vierteljahr nur $\frac{1}{10}$ Goldpfennig betragen. Der Vertreter der Berufsgenossenschaft wandte dagegen ein, daß die Gewährung von Renten für die Genossenschaft nur von untergeordneter Bedeutung sei, sie will vor allem durch schnelle Heilung der Unfälle die Gesundheit der Verletzten wieder herstellen und durch sachgemäße Vorschriften das Eintreten von Unfällen verhüten. — Deshalb auch der Kampf der Berufsgenossenschaft gegen die bereits erwähnte Schutzverordnung, die vom Reichsarbeitsministerium geplant war.

Was die Heilung der Unfälle anlangt, so darf daran erinnert werden, daß die Berufsgenossenschaft die Verletzten während der ersten 13 Wochen der Fürsorge der Krankenkassen überläßt. Nachher spielen der Vertrauensarzt und die Rentenquetsche eine große Rolle. An dem Schicksal des Verletzten hat die Berufsgenossenschaft ein recht geringes Interesse, wichtig ist für sie nur, daß ein recht geringer Verlust an Erwerbsfähigkeit festgestellt wird, damit der Verletzte mit einer möglichst kleinen Rente abgefunden werden kann. Nebenbei bemerkt darf man die Vorwürfe der Unternehmer wegen der niedrigen Renten nicht etwa auf ihr verletztes soziales Empfinden zurückführen; man weiß zur Genüge, daß sie in der Hinsicht nicht sentimental sind. Es war lediglich ein bequemer Stoff, um dem Unmut gegen die Geldforderung der Berufsgenossenschaft Ausdruck zu geben.

Das Ergebnis der Versammlung war der Beschluß, daß die Forderung der Berufsgenossenschaft untragbar sei. Es wurde eine Kommission eingesetzt, welche die Berechtigung der Forderung zahlenmäßig nachprüfen soll. Die einladenden Verbände wurden ersucht, die Frage der Zusammenfassung aller bestehenden Versicherungen und die Auflösung der jetzt bestehenden Einrichtungen zu erörtern. Man wird abwarten müssen, was aus dieser Erörterung herauskommt. Auch wir sind der Meinung, daß die Unfallversicherung sehr verbesserungsbedürftig ist, vermuten jedoch, daß die Vorschläge der Unternehmer sich nach einer ganz anderen Richtung beweisen werden als unsere Wünsche.

Die Aussichten der Musikinstrumentenindustrie.

In einem Rückblick auf das verfloffene Jahr bezeichnet es die „Musikinstrumenten-Zeitung“ als einen Beweis für die gesunde Grundlage, auf welche die Musikinstrumentenbranche aufgebaut ist, daß es ihr gelungen ist, trotz der kaum je dagewesenen wirtschaftlichen Erschütterung sich einigermaßen auf der Höhe zu erhalten, auf der sie sich zu Anfang des Jahres befand. Von der Außenhandelsstelle wird gesagt, daß sie durch die Festsetzung der Mindestpreise in ausländischer Wälua, die vielen und scharfen Widerspruch gefunden hat, sehr segensreich gewirkt und mit der Zeit die Gegner dieser Maßnahme zu Freunden umgestimmt habe. Die deutschen Währungsverhältnisse hätten dazu geführt, zeitweise eine Scheinblüte der Musikinstrumentenindustrie hervorzurufen; unseres Erachtens hat diese „Scheinblüte“ doch vielen industriellen Gelegenheiten gegeben, sich „gesund“ zu machen. Dann aber hätte durch die Steigerung aller Rohmaterialien, der Löhne, Gehälter, Steuern und aller Kosten der Export eine solche Einbuße erlitten, daß der Abbau der Außenhandelskontrolle zur gebieterischen Notwendigkeit wurde. Mit dem der Außenhandelsstelle vorher gespendeten Lob stimmt das zwar nicht überein, aber es hat keinen Zweck, näher darauf einzugehen. Die Außenhandelskontrolle ist beiseite, und die Exporteure haben wieder volle Freiheit, sich am Auslandsmarkt zu unterbieten.

Als eine sich aus der Stabilisierung der Währung ergebende Folge wird die Notwendigkeit bezeichnet, eine wesentliche Verbilligung der Preise herbeizuführen, um den Inlandsmarkt wieder zu erobern, der seit Jahren wenig in Betracht kam. Es ist richtig, daß infolge der hohen Preise der Absatz von Musikinstrumenten im Inland fast völlig ausgeblieben hat; ob aber das von den Fabrikanten angewendete Mittel, die Arbeitslöhne auf das äußerste zu drücken, geeignet ist, den gewollten Zweck zu erreichen, ist eine andere Frage. Niedrighalten der Löhne vermindert die Kaufkraft des Volkes, und wenn auch die Arbeiter der Musikinstrumentenindustrie als Konsumenten ihrer Erzeugnisse nur ausnahmsweise in Betracht kommen, so müssen ihre und der übrigen Arbeiter unzureichenden Löhne notwendig auch die Kaufkraft der für den Absatz von Musikinstrumenten in Betracht kommenden Bevölkerungskreise beeinträchtigen. Daß durch die niedrigen Löhne auch die Qualität der Erzeugnisse ungünstig beeinflusst wird, sei nur nebenbei erwähnt. Immerhin sollte auch dieses Moment die Unternehmer veranlassen, darüber nachzudenken, ob nicht die notwendige Verbilligung der Instrumente auf andere Weise zu erzielen ist, als durch die Herabsetzung der Löhne.

Als erfreuliche Anzeichen, die Aussicht auf Erhaltung und Steigerung des Exports eröffnen, werden der Ausfall der englischen Parlamentswahlen und der Abschluß des deutsch-amerikanischen Handelsvertrages genannt. Das Ergebnis der Wahlen zum englischen Parlament sichert die Erhaltung des Freihandels und damit die Aufrechterhaltung der Handelsbeziehungen der Musikinstrumentenindustrie zu England und seinen Kolonien. Der Handelsvertrag mit den Vereinigten Staaten gewährt uns die Meißbegünstigung. Die Einzelheiten des Vertrages sind noch nicht veröffentlicht, aber da der Handel mit Amerika sich im letzten Jahre wesentlich gehoben hat, darf erwartet werden, daß der Handelsvertrag einem Teil der Industrie neue Absatzwege erschließt.

Ein Beitrag zum Kapitel: "Wirtschaftliche Unfähigkeit der Arbeiter."

Der Haupteinwand der Unternehmer gegen die Forderung der Arbeiter nach gleichberechtigter Mitwirkung in der Wirtschaft ist die Behauptung, die Arbeiter verstünden nichts von der Wirtschaft. Nun ist es zweifellos richtig, daß den Arbeitern im allgemeinen die wirtschaftlichen Erfahrungen abgehen, die der Unternehmer Gelegenheit hatte zu machen.

Im "Zentralblatt für den Deutschen Holzhandel", wie übrigens auch in anderen Unternehmerzeitungen, wird lebhaft die Frage der Affordarbeit in den Sägewerken erörtert. Die Unternehmer teilen sich gegenseitig die gemachten Erfahrungen mit, und einer schreibt folgendes:

Eine Affordarbeit im reinen Sinne, wie sie z. B. in Möbel-fabriken durchgeführt ist, eignet sich für ein Sägewerk nicht, aus folgenden Gründen: Die Leute lassen, um möglichst viel zu verdienen, alle Aufmerksamkeit hinsichtlich der Holzausnutzung fehlen, da dies in der Natur der Sache liegt. Ich habe die Beobachtung gemacht, daß gerade oft stantlos mit dem Holz gewirtschaftet wurde.

Ich habe in meiner Praxis die Erfahrung gemacht, daß ich eine Ausbeute von 72 bis 75 Prozent Jahr für Jahr erzielt habe, je nach der Art der Aufträge.

Alle Kosten für Reparaturen und Instandhaltung der Werkzeuge sind vom Affordanten zu bezahlen, es sei denn, daß Veränderungen des Werks gemacht werden. Desgleichen hat der Affordant den Einkauf der Rundhölzer und die Verladung der Schnittware zu besorgen, vorausgesetzt, daß er sich hierzu eignet.

Dieses Schreiben eines Unternehmers ist in mehr als einer Hinsicht sehr lehrreich. Einmal beweist es, wie überflüssig der Unternehmer ist. Seine Tätigkeit besteht einzig und allein in der Zurverfügungstellung des Kapitals und dem Einstreichen des Gewinns.

Auch anderswo gemachte Erfahrungen zeigen, daß die Arbeiter ein hohes Maß wirtschaftlicher Kenntnisse und Fähigkeiten besitzen. Sie werden unterdrückt, damit das Licht der Unternehmer um so heller leuchte. Die Folge davon ist das Elend der Wirtschaft, unter dem die Arbeiterschaft am schwersten zu leiden hat.

Gewerkschaftliches.

Siebeswerben.

Verlängerung der Arbeitszeit, Herabdrückung der Löhne, Knechtung der Arbeiter, Wiederherstellung des Betriebsabsolutismus, das sind die Ziele, für die das deutsche Unternehmertum nicht nur in der Praxis starke Anstrengungen macht, seine Wortführer geben sich auch große Mühe, durch die Presse den Nachweis zu führen, daß die absolute Freiheit beim Abschluß des Arbeitsvertrages das einzige Mittel ist, der deutschen Wirtschaft wider auf die Beine zu helfen.

"Freiheit". Sie bedeutet, daß der Unternehmer völlige Freiheit in der Festlegung der Arbeitsbedingungen hat, während andererseits dem Arbeiter völlige Freiheit zustanden wird, zu verhandeln, wenn er sich nicht widerspruchslos dem Diktat des Unternehmers fügt.

Jeden Eingriff der Staatsgewalt in diese Art Freiheit empfinden die Scharfmacher als unerträgliche Fessel. In der Presse wird kräftig Sturm gelaufen gegen die neue Arbeitszeitverordnung, die doch von Arbeiterfreundlichkeit weit entfernt ist. Aber die Scharfmacher wollen völlige Freiheit in der Festlegung der Arbeitszeit. Mit dem gleichen Eifer wird die Schlichtungsverordnung bekämpft.

Ein prominenter Vertreter des Scharfmachertums, der Großindustrielle Dr. Guggenheimer, wittert in der Zeitschrift "Der Arbeitgeber" gegen die neue Arbeitszeitverordnung, an der er vor allem auszusetzen hat, daß sie die Regelung der Arbeitszeit in erster Linie dem Tarifvertrag überläßt, und daß mangels besonderer Vereinbarungen die Behörden Bestimmungen über die Arbeitszeit treffen können.

In der Berliner Tageszeitung der christlichen Gewerkschaften, "Der Deutsche", läßt Herr Dr. Meißinger seinen Werberaum ertönen. Er weiß seine Leute an der richtigen Stelle zu fassen, indem er an die Massenbrüderlichkeit mit den christlichen Gewerkschaften im Kampfe gegen den "Margismus" erinnert, und er sagt dann weiter: "Auch in der christlich-nationalen Arbeiterschaft zeigt sich doch unverkennbar die antimargistische Bewegung."

Auf diesen Aufsatz, der am 16. Januar im "Deutschen" veröffentlicht wurde, antwortet am folgenden Tage an der gleichen Stelle der Generalsekretär der christlichen Gewerkschaften, Bernhard Otto. Er kongediert dem Unternehmerhändlins "weitgehende Übereinstimmung in den Grundgedanken", lehnt es aber ab, die gleichen Schlussfolgerungen aus ihnen zu ziehen.

Trotzdem verdient diese Auseinandersetzung Beachtung. Es ist bezeichnend, daß es der Syndikus Dr. Meißinger für zweckmäßig hält, seine Ansichten im "Deutschen", dem Organ der christlichen Gewerkschaften, auszupressen. Der Umstand, daß sein Aufsatz als Erwiderung auf einen früher an der gleichen Stelle erschienenen Artikel gehalten ist, gibt dafür keine ausreichende Erklärung.

christlichen Gewerkschaften und den von Herrn Geißler geführten Gelben herbeizuführen. Auch diese Bemühungen sind vorerst von den maßgebenden christlichen Führern ziemlich reserviert behandelt worden. Nichtsdestoweniger ist es nützlich, die Dinge im Auge zu behalten. Es gibt Leute, die aus unerfreulichen Vorgängen in der Arbeiterschaft die Hoffnung auf den Verfall der freien Gewerkschaften schöpfen, und in den christlichen Gewerkschaften den Keim für eine künftige große Arbeiterorganisation erblicken, die im Gefolge der Bourgeoisie marschieren.

Ein Protest gegen die Arbeitszeitverordnung.

Der Ausschuss des Allgemeinen Gewerkschaftsbundes, der am 15. Januar zu einer Sitzung zusammentrat, hat sich mit der Verordnung über die Arbeitszeit beschäftigt und einstimmig folgende Entscheidung angenommen:

"Der Bundesausschuss erhebt nochmals Protest gegen die Bestimmungen der neuen Arbeitszeitverordnung, die zahlreiche Ausnahmen vom gesetzlichen Achtstundentag in das freie Ermessen der Unternehmer stellen. Die Gewerkschaften erblicken in dieser Ausschaltung des Mitbestimmungsrechts der Arbeiterschaft einen Verstoß gegen die Verfassung, die den Arbeitern ausdrücklich die gleichberechtigte Mitwirkung bei der Regelung der Lohn- und Arbeitsbedingungen garantiert."

Der Bundesausschuss verpflichtet die Verbände, ihre Organe und ihre Mitglieder, mit allen Kräften an dem im § 1 der Verordnung aufs neue zum Gesetz erhobenen Achtstundentag als Höchstmaß der täglichen Arbeitszeit festzuhalten. Notwendige Überschreitungen des Achtstundentages resp. der Achtstündigen Arbeitswoche dürfen nur vorübergehend in Form von Überstunden erfolgen, deren Umfang und Zeitdauer mit den Gewerkschaften zu vereinbaren sind.

Die diesem Grundgesetz entgegenstehenden Bestimmungen der Arbeitszeitverordnung werden die Gewerkschaften so lange bekämpfen, bis sie wieder beseitigt oder geändert sind. Zur Erreichung dieses Zieles ruft der Bundesausschuss die Masse der Arbeiter auf, die Einheit der Gewerkschaften hochzuhalten und für ihre moralische und finanzielle Stärkung zu sorgen.

Die Zahl der Gewerkschaftsmitglieder.

Nach einer in der "Gewerkschafts-Zeitung" veröffentlichten vorläufigen Übersicht umfaßten die dem Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbund angeschlossenen 45 Verbände am Ende des dritten Quartals 7 888 685 Mitglieder, darunter 1 621 907 weibliche. Am Schlusse des ersten Quartals waren es 7 684 876 bzw. 1 660 621 und am Schlusse des zweiten Quartals 7 677 852 bzw. 1 643 857.

Literarisches.

Die Verordnung über die Arbeitszeit. Mit Erläuterungen. Im Auftrage des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes herausgegeben von Th. Leipart. Verlagsgesellschaft des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes. — Diese bereits angekündigte Schrift liegt nun in Gestalt einer 82 Seiten starken Broschüre vor. Der Preis von 30 Pf. ermöglicht die mühsenswerten weite Verbreitung.

Advertisement for a woodworker (Tischler, Tischler, die furnieren, Bodenmach., Zusammen-setzer u. Ausarbeiter). Includes contact information for a workshop in Hamburg.

Advertisement for a cooper (Korbmachergesellen) and a cooper (Korbmachergesellen). Includes contact information for a workshop in Hamburg.

Advertisement for a woodworker (Tischler-Neuheiten für Tischler) and a woodworker (Bilohauer-Werkzeuge). Includes contact information for Otto Bergmann in Berlin.

Advertisement for a woodworker (Ia Mattine, hell) and a woodworker (Schellackersatz). Includes contact information for Chem. Fabrik Rud. Oehlke in Berlin.

Advertisement for a woodworker (Der beste Putzhobel) and a woodworker (Stuhlflechtrohr!). Includes contact information for M. Hiessinger in Nürnberg.

Advertisement for a woodworker (Polierwalze) and a woodworker (Sportkissen - Kufen!). Includes contact information for Walther in Dresden.

Advertisement for a woodworker (FACHBLATT FÜR HOLZARBEITER). Includes contact information for Verlagsanstalt des Deutschen Holzarbeiterverbandes in Berlin.

Advertisement for a woodworker (Der Ursprung des Christentums). Includes contact information for Verlagsanstalt d. Deutschen Holzarbeiter-Verbandes in Berlin.